

ZBB 2003, 30

GG Art. 1, 2, 3, 6, 14, 20, 100 Abs. 1; ZPO § 850k

Keine verfassungsrechtliche Grundlage für die gerichtliche Einschränkung von Kontopfändungen ohne Schuldnerantrag

BVerfG, Beschl. v. 17.06.2002 – 1 BvL 9/01, ZVI 2002, 190 = NJW 2003, 279

Leitsatz:

Die gerichtliche Einschränkung einer Kontopfändigung auf das pfändbare Arbeitseinkommen kann ohne entsprechenden Schuldnerantrag nach § 850k Abs. 1 ZPO nicht darauf gestützt werden, dass diese Vorschrift insoweit verfassungswidrig sei, als sie eine Berücksichtigung des Pfändungsschutzes nicht von Amts wegen zulasse.